

# Der Vollzugsdienst

1/2013 - 60. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Vollzugskooperation  
von Sachsen und Thüringen –  
der Stein der Weisen?**

Negative Auswirkungen der Föderalis-  
musreform deutlich sichtbar

Seite 2

**Öffentlicher Dienst ist  
idealer Mediator zwischen  
Bürgern und Politik**

54. dbb Jahrestagung am  
7. Januar 2013 in Köln

Seite 27

**Tarifrunde 2013:  
Harte Verhandlungen  
zeichnen sich ab**

Arbeitgeber legen kein konkretes  
Verhandlungsangebot auf den Tisch

Seite 52

## Schneegestöber im Februar



Bayern Seite 25



Niedersachsen Seite 50



Sachsen Seite 72

**Fachteil: Krankenpflagedienst – quo vadis?**

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Teilprivatisierung vollzuglicher Aufgaben jetzt beenden
- 2 Vollzugskooperation von Sachsen und Thüringen – der Stein der Weisen?
- 4 Überstunden/Mehrarbeit – wo liegt der Unterschied?
- 5 Die Rolle der Frau im Justizvollzug muss weiter gestärkt werden
- 6 Mit Volldampf in die Einkommensrunde 2013

### LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 25 Bayern
- 26 Berlin
- 30 Brandenburg
- 33 Bremen
- 36 Hamburg
- 41 Hessen
- 46 Mecklenburg-Vorpommern
- 50 Niedersachsen
- 52 Nordrhein-Westfalen
- 67 Rheinland-Pfalz
- 71 Saarland
- 72 Sachsen
- 75 Sachsen-Anhalt
- 79 Schleswig-Holstein
- 81 Thüringen

### FACHTEIL

- 86 Krankenpflagedienst - quo vadis?
- 88 Bundesverwaltungsgericht

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2/2013:  
15. März 2013



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundeschvorsitzender</b>	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
<b>Stellv. Bundeschvorsitzende</b>	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
<b>Stellv. Bundeschvorsitzender</b>	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
<b>Stellv. Bundeschvorsitzender</b>	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
<b>Stellv. Bundeschvorsitzender</b>	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
<b>Schriftleitung</b>	Burghard Neumann	vollzugsdienst@bsbd.de vollzugsdienst.neumann@aol.com
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
<b>Bayern</b>	Anton Bachl	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Willi Köbke	willikoebke@versanet.de www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

Tarifrunde 2013

## Harte Verhandlungen mit den Arbeitgebern zeichnen sich ab

Kein konkretes Verhandlungsgebot vorgelegt

**A**m 31. Januar 2013 haben in Berlin die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Beschäftigten der Bundesländer begonnen. Obwohl die Gewerkschaften nachdrücklich darauf gedrängt hatten, auf die Rituale der Vergangenheit zu verzichten und sofort mit konstruktiven Verhandlungen zu beginnen, legten die Arbeitgeber kein konkretes Verhandlungsgebot auf den Tisch. Zunächst wollten sie ihre Sicht der Dinge klar machen, um die gewerkschaftlichen Forderungen des DBB als völlig überzogen und aus der Zeit gefallen zu geißeln. Dieses Verhalten der Arbeitgeberseite fügt sich nahtlos in die Verhandlungstaktik und -strategie der Vergangenheit ein. Die Verhandlungsdelegation der Arbeitgeber nahm damit in Kauf, das Klima der Verhandlungen von vornherein zu belasten und zu „vergiften“.

### Die Verhandlungspartner

Den Vertretern von **DBB** und **Verdi** sitzen die Vertreter der Bundesländer am Verhandlungstisch gegenüber. Auf der Arbeitgeberseite haben sich 15 Länder in der „**Tarifgemeinschaft deutscher Länder**“ (TdL) zu einer Arbeitgebervereinigung zusammengeschlossen, einziges Nicht-Mitglied ist Hessen. Verhandlungsführer der Länder ist seit 2013 **Jens Bullerjahn** (SPD), Finanzminister von Sachsen-Anhalt. **Bullerjahn** versuchte bereits im Vorfeld der Auftaktrunde, die Hoffnungen der Kolleginnen und Kollegen auf einen hohen Tarifabschluss zu dämpfen. **Der DBB stellt dieser Position die Forderung nach 6,5 Prozent mehr Lohn für ein Jahr, eine soziale Komponente für untere Einkommen und die verbindliche Übernahme der Auszubildenden gegenüber.**

**Jens Bullerjahn** (SPD) machte deutlich, dass die Schuldenbremse der öffentlichen Haushalte deren Verhandlungsspielräume überaus begrenzt. In dieser Hinsicht werde auch ein Beitrag der öffentlich Beschäftigten erwartet, weil mehr als 40 Prozent der Ausgaben der Länder Personalausgaben seien. Ein zu hoher Tarifabschluss sei von den Arbeitgebern nicht zu verkraften. Jedem müsse daher klar sein, dass ein überproportional hohes Tarifergebnis unvermeidlich zu einem an sich nicht gewollten Personalabbau führen werde.



**Jens Bullerjahn (SPD) sieht als Verhandlungsführer der TdL die finanziellen Handlungsspielräume besonders der neuen Bundesländer deutlich begrenzt.**

### Für wen gilt der angestrebte Tarifabschluss?

Zunächst verhandelt der **DBB** für jene rund 800.000 Kolleginnen und Kollegen, die tariflich bei den 15 Bundesländern der Tarifgemeinschaft deutscher Länder beschäftigt sind. Allerdings strebt der **DBB** an, dass die erzielten Ergebnisse des Tarifabschlusses zeit-, inhalts- und wirkungsgleich auf die Beamten und Pensionsempfänger der Länder und der Kommunen übertragen werden. Die Beamtenbesoldung orientiert sich damit richtigerweise an der Entwicklung der Gehälter der Tarifbeschäftigten. Nur auf diese Weise kann der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ realisiert werden. Eine Zweiklassengesellschaft im öffentlichen Dienst wird hierdurch vermieden. Damit profitieren noch einmal rund 1,3 Millionen Beamte, darunter

auch Polizisten, Lehrer und Strafvollzugsbedienstete.

In NRW sind 170.000 tariflich Beschäftigte des Landes betroffen sowie 220.000 Landesbeamte und ein Teil der Kommunalbeamten, deren Zahl nur schwer geschätzt werden kann.

### Ablauf der Verhandlungen

Für die Verhandlungen in kleiner Runde, in der die direkten Verhandlungsführer von Gewerkschaften und Arbeitgeberseite sitzen, hat der **DBB** seine Tarifkommission vor Ort. Die **DBB-Tarifkommission** bildet faktisch die Basis der Gewerkschaft ab und steht im ständigen informellen Austausch mit den Verhandlungsführern. Dieses Verfahren stellt sicher, dass ein



**DBB-Verhandlungsführer Willi Russ (li.) und DBB-Chef Klaus Daurer wollen die Teilhabe der Kolleginnen und Kollegen an der allgemeinen Einkommensentwicklung durchsetzen.**

Tarifabschluss nur zustande kommt und unterschrieben wird, wenn er von der Basis mitgetragen werden kann. Der **BSBD** ist in der **DBB-Tarifkommission** durch seine stv. Bundesvorsitzende **Petra Gerken-Wolf** vertreten.

### Warum sind konstruktive Verhandlungen so wichtig?

Für die laufende Tarifrunde gibt es keine Schlichtungsvereinbarung. Solche Vereinbarungen sehen ein Verfahren vor, einen Schlichter mit der Ausarbeitung eines Kompromissvorschlages zu beauftragen, wenn man sich nicht einigen kann und die Verhandlungen festgefahren sind. Bei schwierigen Verhandlungen ist dies oft eine konstruktive und



**Bereits nach dem Auftakt der Tarifverhandlungen ist absehbar, dass die Politik ohne den „Druck von der Straße“ zu keinem akzeptablen Tarifabschluss bereit sein wird.**



BSBD-Karikatur: Thomas Möbis

meist für beiden Seiten gute Lösung, die von den Tarifparteien gerne genutzt und eingesetzt wird. Bei dieser Tarifrunde steht dieses Instrument allerdings nicht zur Verfügung. Deshalb müssen sich die Tarifparteien schnell einig werden, sonst droht der Tarifkonflikt. Es gibt nur drei Verhandlungsrunden. Bleiben die Arbeitgeber bei ihrer destruktiven Haltung und kommt es zu keiner Einigung, dann werden der **DBB** und die beteiligten Arbeitnehmervvertretungen das Scheitern der Verhandlungen erklären. Und dann stünden harte Arbeitskampfmaßnahmen ins Haus, die nicht nur die öffentlichen Arbeitgeber, sondern auch die Wirtschaft hart treffen könnten.

### Welche Kosten kommen auf die Arbeitgeber zu?

Nach **DBB**-Berechnungen würde eine Gehaltserhöhung um ein Prozent die 15 zusammengeschlossenen Arbeitgeberländer ungefähr eine Milliarde Euro kosten. Hierbei ist die Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich bereits eingerechnet. Der Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber **Jens Bullerjahn** macht eine etwas andere Rechnung auf. Er beziffert einen Abschluss in Höhe der geforderten 6,5 Prozent mit jährlich 2,2 Milliarden Euro für die 800.000 Tarifbeschäftigten sowie mit weiteren 4,6 Milliarden Euro für die Übertragung des Ergebnisses auf die 1,2 bis 1,3 Millionen Landesbeamten. Demnach würden sich die Gesamtkosten nach Arbeitgeberschätzung auf 6,8 Milliarden Euro im Jahr belaufen.

### Die Auftaktrunde der Tarifverhandlungen

Die Arbeitgeber wurden beim Auftakt der Verhandlungen nicht müde, das Metekel der Nichteinhaltung der Schul-

denbremse an die Wand zu malen, um die nach ihrer Einschätzung sehr eng begrenzten Verhandlungsspielräume deutlich werden zu lassen.

**DBB**-Vize **Willi Russ** wies dieses Arbeitgeber-Argument der notwendigen Haushaltskonsolidierung sogleich zurück: „Die Wirtschaft in Deutschland boomt, dies ist ein Erfolg, der erst durch die gute staatliche Infrastruktur möglich geworden ist. Hieran haben die Kolleginnen und Kollegen einen wesentlichen Anteil. Im zurückliegenden Jahr hatten die Gebietskörperschaften zudem einnahmen auf Rekordniveau zu verzeichnen. **Wann, wenn nicht jetzt, könnten die Gehaltseinbußen der zurückliegenden Jahre ausgeglichen und kompensiert werden?** Die Kolleginnen und Kollegen haben folglich einen Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung!“

### Attraktive Gehaltsstrukturen für junge Leute notwendig

**Russ** machte zudem darauf aufmerksam, dass der öffentliche Dienst bei dem sich abzeichnenden Kampf um die „besten Köpfe“ attraktiv werden müsse, sonst könnten die Stellen im öffentlichen Dienst künftig nicht mehr adäquat besetzt werden. Was dies für eine Gesellschaft und eine Volkswirtschaft für tiefgreifende Auswirkungen haben könne, lasse sich am Beispiel der mediterranen Länder ablesen. „Wir brauchen Gehaltsstrukturen, die für junge Leute attraktiv sind. Das gilt im Verhältnis zur Privatwirtschaft, das gilt aber noch mehr im Verhältnis der Länder zu Bund und Kommunen.“

Nach Ansicht von **Klaus Dauderstädt** benötigen wir in diesem Jahr einen Tarifabschluss, der sich weitgehend an dem Tarifabschluss für Bund und Kommunen

aus 2012 orientiert. „Der Krankenschwester im Uniklinikum zum Beispiel kann niemand erklären, warum ihre Arbeit weniger wert sein soll als die der Kollegin im städtischen Krankenhaus eine Straße weiter“, sagte der **DBB**-Chef gegenüber der Presse. Es werde für den öffentlichen Dienst auch immer schwerer, um den Nachwuchs mit der freien Wirtschaft zu konkurrieren. Denn so sicher, wie die Arbeit im öffentlichen Dienst oft wahrgenommen wird, ist sie lange schon nicht mehr: Fast 40 Prozent der unter 35-Jährigen haben lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag.

Im Vorfeld der Tarifrunde ist der **DBB** wieder mit einem Truck quer durch die Republik unterwegs. Den Arbeitgebern soll durch diese Aktion deutlich gemacht werden, dass die Kolleginnen und Kollegen bereit sind, für ihre Forderungen zu kämpfen.

### Peter Brock kritisiert die destruktive Strategie der Arbeitgeber

In Düsseldorf kommentierte **BSBD**-Chef **Peter Brock** den enttäuschenden Auftakt der Verhandlungen in Berlin mit dem Hinweis, dass ein Abschluss unterhalb des letztjährigen Tarifergebnisses für die Beschäftigten von Bund und Kommunen nicht zu vermitteln sei: „Die Kolleginnen und Kollegen erwarten deutliche Einkommenszuwächse und die Übernahme der Tarifregelung auf den Beamtenbereich. Und eines sollte den öffentlichen Arbeitgebern bereits jetzt klar sein, der öffentliche Dienst ist überaus kampfbereit und wird sich nicht über den Tisch zie-



**BSBD**-Chef **Peter Brock**: „Die Beschäftigten des Strafvollzuges erwarten von der Tarifrunde 2013 einen ‚kräftigen Schluck aus der Pulle‘.“

hen lassen! Zudem ist zu bedenken, dass sich Deutschland – gemessen an seiner Wirtschaftskraft – nur einen kleinen und dazu noch kostengünstigen öffentlichen Dienst leistet. Wer also über die Pensionslasten der deutschen Beamten klagt, muss die durch eine bemerkenswert moderate Tarifpolitik im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren erzielten Einsparungen gegenrechnen“, hielt **Brock** der Position der Arbeitgeber entgegen.

„Auf ein Wort“ von Wilhelm Bokermann



## Streifzug: Von der „Tarifffront“ bis hin zur „tödlichen Bedrohung der Europäischen Union“

**N**ein, keine Sorge, Krieg ist (noch) nicht ausgebrochen, wenngleich der neue „Wüstenfuchs“ aus Frankreich, Francois Hollande, zur militärischen Sicherung der Uranerz-Vorkommen im Norden von Mali auch einen deutschen Beitrag zu erwarten scheint, um diese Bodenschätze für die französische Energiewirtschaft zu sichern. Einen Teilerfolg konnte er anlässlich seines jüngsten Besuches in Berlin bereits erzielen. – Ein Misserfolg war hingegen die Auftaktveranstaltung am 31. Januar d. J. in Berlin zur Einkommensrunde 2013 für die Beschäftigten der Bundesländer. Die Arbeitgeber legten einfach kein Angebot vor. Für die DBB-Gewerkschafter ein deutliches Zeichen für Härte der weiteren Gesprächs- und Verhandlungsrunden. Mitte dieses Monats soll es weitergehen. – Und dann ist da noch der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD), der die EU „tödlich bedroht“ sieht, weil der britische Premier David Cameron seine Landsleute über einen Verbleib in der EU abstimmen lassen will, sofern er denn bei den nächsten Parlamentswahlen „am Ruder“ – sprich an der Regierungsmacht – bleibt.

### Der Mali-Konflikt aus nachbarschaftlicher Sicht

Aus Sicht unserer neutralen österreichischen Nachbarn kommt der Einsatz Frankreichs im Mali-Konflikt einem Ablenkungsmanöver gleich. So ist es jedenfalls nach Auffassung des freiheitlichen EU-Delegationsleiters im Straßburger Parlament, **Andreas Mölzer**, „schon merkwürdig, dass der einstige Pazifist (gemeint ist *Hollande – der Verf.*) plötzlich die Rolle des Kriegsherrn für sich entdeckt hat und sich als Sieger von Timbuktu feiern lässt.“

Der EU-Mandatar stellt alsdann kritisch fest, dass der „Wüstenfuchs“ *Hollande* sich mehr um die französische Wirtschaft kümmern solle, anstatt sich in afrikanische Kriegsabenteuer zu stürzen.



**Francois Hollande kämpft mit seinen Truppen im Maghreb für die staatliche Eigenständigkeit Malis und französische Energieinteressen.**

Wörtlich heißt es dazu: „**Hier sieht Hollandes Bilanz mehr als bescheiden aus. Frankreich ist am absteigenden Ast, und sämtliche Wirtschaftsdaten zeigen nach unten. Deshalb drängt Hollande vergeblich auf die Einführung von Eurobonds, also auf die Vergemeinschaftung aller Schulden in der Eurozone, damit am Ende Deutschland (sic!) einmal mehr zur Kasse gebeten wird.**“

Da passt es schon mehr als nur ein wenig ins Bild, wenn die „DWN“ in ihrer

Ausgabe vom 29. Januar 2013 den französischen Arbeitsminister *Michel Sapin* in der Titelzeile wie folgt zitieren: „**Frankreich ist vollkommen pleite**“. *Sapin* hatte die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung mit eben dieser Feststellung begründet. Nachdem der Politiker bemerkt hatte, dass die Wahrheiten doch nicht so einfach auszusprechen sind, präziserte er seine Aussage und sagte, das mit der Pleite habe er ironisch gemeint. Zum Trost von Monsieur *Sapin* sei erwähnt, dass „*Reuters*“ unter dem 5. Februar 2013 den Chef-Ökonomen *Chris Williamson* des *Markit-Institutes* u. a. wie folgt zitiert: „**Allerdings ist die Kluft zwischen der Wachstumslokomotive Deutschland und dem schwächelnden Frankreich momentan so groß wie nie seit Umfragebeginn 1998**“.

Was übrigens geschieht, wenn *Hollande* in einen längeren Wüstenkrieg – sprich Guerillakrieg – mit den Islamisten verwickelt werden sollte?! Auch wenn Frankreich über beträchtliche „Erfahrungen“ als Kolonialmacht verfügt, allein werden unsere Nachbarn von der anderen Rheinseite solch eine Auseinandersetzung wohl kaum bewältigen können, weder finanziell noch militärisch. Heißt es dann wiederum, wenn auch ein wenig abgewandelt, dass Deutschlands Freiheit in der maurischen Wüste verteidigt werden muss?

### Eine denkwürdige Feststellung aus Frankreich: „Deutschland ist der kranke Mann Europas!“

Der französische National-Ökonom *Jacques Attali*, ehemaliger Berater des französischen Präsidenten *Francois Mitterrand*, stellte in einem Gespräch mit dem österreichischen „*Standard*“ u. a. fest: „In Europa kommt die falsche Idee auf, Frankreich sei Europas „kranke Mann“. Wenn, dann ist es Deutschland“. In den „*DWN*“ vom 4. Februar 2013 heißt es dazu weiter: „Konjunkturell sei Deutschland derzeit ‚vielleicht‘ noch ein Vorbild



**Nationalökonom Jacques Attali sieht in Deutschland den kranken Mann Europas, weil die Deutschen immer weniger werden.**

für Frankreich. Und auch die deutsche Konkurrenzfähigkeit sei verglichen mit der Frankreichs ‚sicher beeindruckend‘. Aber die deutsche Konkurrenzfähigkeit beruhe lediglich auf ‚zwei künstlichen Faktoren‘, der Nähe Deutschlands zu Osteuropa und somit beispielsweise zu Billiglohnarbeitern aus Polen sowie der deutschen Mehrwertsteuerpolitik.“ Dann aber fährt *Attali* ein schweres Geschütz auf: „**Ein noch viel schwerwiegenderes Problem sehe er langfristig in der ‚katastrophalen Bevölkerungsstruktur‘ Deutschlands. „Die Deutschen machen keine Kinder mehr“, so Attali. In 30 Jahren werde Frankreich Deutschland hinsichtlich der Zahl der Einwohner überholt haben. Das führe dazu, dass das Rentensystem (in Deutschland – d. Verf.) nicht mehr finanziert werden könne. „Und ich wünsche mir nicht, dass die Franzosen dann für die Renten der Deutschen aufkommen müssen“, so der Ökonom.**“

### Von der Tarifffront

Am 31. Januar d. J. fand die Auftaktveranstaltung zur **Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder** in Berlin statt. **Ohne ein Angebot von der Arbeitgeberseite ist die Veranstaltung**



**DBB-Verhandlungsführer Willi Russ (li.) und Jens Bullerjahn (SPD), Chef-Unterhändler der Arbeitgeber, haben im aktuellen Tarifkonflikt noch keine Kompromisslinie gefunden.**

zu Ende gegangen. „Dieses Vorgehen ist zwar nicht neu, enttäuscht sind wir trotzdem“, kritisierte der **DBB**-Vize und Verhandlungsführer **Willi Russ**, „die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat damit die erste Chance vertan, zügig eine Einigung zu erarbeiten. Jetzt haben wir Mitte Februar und Anfang März noch je eine Verhandlungsrunde. Das ist wenig genug, um einen fairen Interessenausgleich zu versuchen“.

Dabei hatte der **DBB**-Verhandlungsführer **Willi Russ** die Tarifgemeinschaft deutscher Länder nachdrücklich aufgefordert, ein realistisches Angebot vorzulegen. **Russ**: „Wir sollten uns dieses ganze ritualisierte Hinauszögern schenken und gleich zur Sache kommen. Die Kolleginnen und Kollegen verlangen einen gerechten Lohn für ihre Arbeit und einen angemessenen Gehaltszuwachs“. Sachsen-Anhalts Finanzminister **Jens Bullerjahn (SPD)** meinte in seiner Eigenschaft als Verhandlungsführer der Arbeitgeber sagen zu müssen, dass die Schuldenbremse der öffentlichen Haushalte deren Verhandlungsspielräume sehr wohl begrenze. Insoweit werde ein Beitrag der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erwartet, weil mehr als 40 Prozent der Ausgaben der Länder Personalausgaben seien. Dieses inzwischen typisch gewordene Arbeitgeber-Argument wies der **DBB**-Vize unter Hinweis auf die boomende Wirtschaft in Deutschland zurück, deren Erfolg erst durch die vom öffentlichen Dienst repräsentierte Infrastruktur möglich geworden sei. **Russ** weiter: „Wir brauchen Gehaltsstrukturen, die für junge Leute attraktiv sind. Das gilt im Verhältnis zur Privatwirtschaft, das gilt aber noch mehr im Verhältnis der Länder zu Bund und Kommunen“. Für die Strafvollzugsbediensteten in NRW machte **BSBD-Chef Peter Brock** klar, dass die Kolleginnen und Kollegen einen deutlichen **Einkommenszuwachs** und die **Übernahme** der alsdann getroffenen Tarifregelung auf

den **Beamtenbereich** erwarten. Es war sicherlich kein Zufall, dass der Gewerkschafter in diesem Zusammenhang auch an das Bundeslied des allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erinnerte, wo es u. a. heißt: „**Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will**“. Keine Kriegserklärung, aber sicherlich ein deutliches Zeichen von und für Kampfbereitschaft.

#### **(K)ein böses Omen**

MdB **Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen)** sucht laut „Der Westen“ vom 5. Februar 2013 für die ins Haus stehenden Bundestagswahlen „einen Mitarbeiter für den Oberhausener Wahlkreis. Diese Praktikantenstelle wird mit 4 (vier) Euro die Stunde entlohnt.“ Dabei darf angemerkt



**MdB Bärbel Höhn von den Grünen ist bei der Anwerbung von Praktikanten eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden.**

werden, dass sich **Die Grünen** in ihrem Parteiprogramm für „einen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde“ einsetzen. Und: die Anforderungen sind hoch. Erwartet werden selbständiges Arbeiten, Eigeninitiative, strategisches Denkvermögen und die Fähigkeit, Konzepte zu erarbeiten. Vorausgesetzt wird auch die Bereitschaft, in den Abendstunden und an den Wochenenden zu arbeiten. – Eine **politische Bankrotterklärung**, auch wenn die Anzeige zwischenzeitlich zurückgenommen wurde.

#### **Über die Angemessenheit der Bezahlung der Beschäftigten der Europäischen Union**

Zeitlich nahezu „passend“ hat eine Diskussion über die auskömmliche Besoldung der EU-Beamten eingesetzt, die bei so manchem beamteten BRD-Familienvater, der z. B. einer Laufbahn des mittleren Dienstes angehört, nicht nur Verständnislosigkeit, sondern auch Unmut aufkommen lässt. Es gilt nicht Neid zu schüren, sondern es geht einfach darum, die Wertigkeit der Arbeit und der erbrachten dienstlichen Leistungen sowohl hier in Deutschland wie auch in Brüssel und anderenorts zu vergleichen und alsdann angemessen zu honorieren.

Dabei ist es im Grunde genommen unerheblich, ob nun 4365 („Die Welt“) oder „nur“ 2500 Eurokraten („Focus on-



**Die Gehälter der EU-Bürokraten treiben deutschen Beamten die Tränen in die Augen.**

line“) mehr verdienen als die deutsche Bundeskanzlerin. Die Relationen passen einfach nicht, d. h. sie haben noch nie gepasst. Darüber sollten sich sowohl die Parlamentarier in Straßburg wie auch die in den deutschen Bundesländern und im Bundestag im klaren sein und baldigst für Abhilfe sorgen.

Da liest es sich denn schon etwas abenteuerlich, wenn auf Grund der **geplanten Kürzung von EU-Haushaltsmittelzu-**



**Der Euro steht derzeit mächtig unter Druck.**

weisungen durch Deutschland und Großbritannien nun die ordentliche Aufgabenabwicklung der EU mit einem Fragezeichen versehen und Streik der EU-Mitarbeiter angedroht wird. Wenn die übrigens – zu Recht – in vielen Teilen in Verruf geratene Brüsseler Bürokratie (z. B. durch Standardisierung von Krümmungswinkel und Größe der Schlangengurken) ihren Aufgaben nicht oder nicht mehr gerecht werden kann, dann kann und muss man getrost darauf verzichten.

### Von Afrika lernen, heißt...?

Da lob ich mir die Arbeitgeberseite des westafrikanischen Staates **Gambia**. Dort hat Präsident **Yayha A.J.J. Jammeh** mit Wirkung vom 1. Februar dieses Jahres die **Vier-Tage-Woche** unter Beibehaltung des **acht-Stundentages** – **bei vollem Lohnausgleich** – eingeführt. Der Freitag, so der Präsident, solle zusätzlich zum Samstag und Sonntag zum „Beten



**Yayha Jammeh, Präsident von Gambia, spendiert der arbeitenden Bevölkerung die Vier-Tage-Woche.**

und Ausruhen“ genutzt werden. Schulen, Banken und anderen Institutionen sei es jedoch freigestellt, ob sie am Samstag öffneten, um den Freitag zu kompensieren. Die Bewohner hätten nunmehr Zeit für „soziale Aktivitäten und Landwirtschaft“. Es war für Präsident **Yayha Jammeh** selbstverständlich, zuvor die beiden größten Gewerkschaften des Landes umfassend beteiligt zu haben. Übrigens, die Kompensationsarbeiten werden als Mehrarbeit vergütet und Präsidentschaftswahlen stehen erst 2015/16 an.

### „Die EU ist tödlich bedroht!“

Diesen Hilferuf ließ EU-Parlamentspräsident **Martin Schulz** (SPD) wenige Tage vor dem EU-Gipfel gegenüber dem Bonner „General-Anzeiger“ verlauten. Weiter ist in der Ausgabe vom 4. Febr. d. J. nachzulesen, dass die EU auf breiter Front Vertrauen verloren habe. „**Wenn sich Menschen von einem Projekt, von einer Idee abwenden, dann geht das irgendwann seinem Ende entgegen**“, so das Credo des EU-Parlamentariers. Erstaunt hat sich wohl so mancher Zeit-

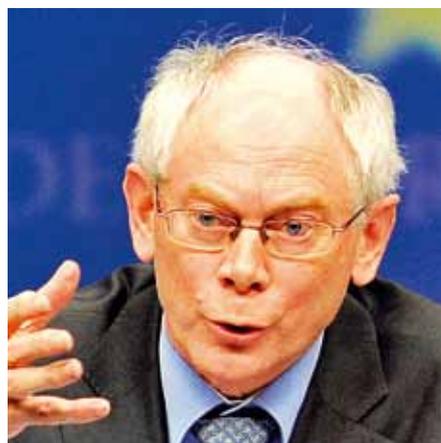


**EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sieht die europäische Idee in Gefahr.**

genosse die Augen gerieben, und hat als dann gefragt: Wer ist der Bösewicht, der so „Gräusliches“ tut?! Nun, der Täter war schnell ausgemacht. Der britische Premier **David Cameron** war's, der mit seiner Drohung, die Briten über den Verbleib Großbritanniens in der EU abstimmen zu lassen, „nun Salz in offene Wunden gestreut“ habe.

Und dann wurde der EU-Präsident noch etwas deutlicher. **Er warnte vor einer EU nach britischer Lesart. Da drohten die Mitgliedsländer zu „Spielbällen der ökonomischen und politischen Interessen anderer Weltregionen zu verkommen und in die Bedeutungslosigkeit abzusinken“.**

Wirklich? Ob das Vertrauen der Bürger im Bereich der EU in dieses Europa wohl dadurch vergrößert wird, wenn EU-Ratspräsident **van Rompuy** nach „Gutsherrenart“ gerade einmal 5 (fünf) Milliarden (!) Euro als Hilfgelder für den „Demokratie-Aufbau“ in Ägypten anbietet? Der fundamental orientierte Islam der Muslim-Brüder wird das Geld schon zu nutzen wissen.



**Herman van Rompuy, EU-Ratspräsident, erwägt, den Demokratieförderung in Ägypten mit 5 Milliarden Euro zu unterstützen.**

### Widerstand regt sich

Und **David Cameron**? Er hat den berufsgläubigen EU-Parlamentariern den Spiegel vorgehalten, was dort zum Teil heimliches Entsetzen ausgelöst hat, denn es geht ja schließlich auch um deren sicher geglaubte Pfründe. Im Übrigen steht der Brit mit seiner kritischen Bewertung nicht allein. Die Zahl der Menschen in Europa, die sich von den undemokratischen Entscheidungen der EU übergangen fühlen und keine Chance haben, sich gegen diesen zentralistischen Supra-Staat zu wehren, wird zunehmend größer. Neben dem Erstarken ernst zu nehmender Widerständler in **Großbritannien, Italien und Österreich** schlagen nun auch Intellektuelle in den **Niederlanden** Alarm. Letztere wollen durch eine **Unterschriftenaktion ein Referendum über den streitbefangenen Verbleib in der EU erzwingen**.

Der Vorwurf der niederländischen Akademiker lautet, dass die Niederlande unweigerlich in einen zentralisierten europäischen Staat gezwungen würden, ohne ihn auch nur indirekt beeinflussen zu können. Und auch in **Deutschland** stellen sich nicht wenige Menschen ernsthaft die Fra-



**Der britische Regierungschef David Cameron strebt für 2017 einen Volksentscheid über die weitere Mitgliedschaft Großbritanniens in der europäischen Union an.**

ge, ob die beispielsweise von der Vizepräsidentin der EU-Kommission, **Viviane Reding**, zuständig für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, gestellte **Forderung für den Ausbau der Europäischen Union hin zu den „Vereinigten Staaten von Europa“** der richtige Weg ist.

**Die wirklichen Europäer, wie Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, wollten auf Grund ihrer Kriegserlebnisse und deren Folgen ein „Europa der Vaterländer“, aber keinen zentralistischen Moloch, der sich schwerpunktmäßig an teils nicht nachvollziehbaren wirtschaftlichen Fakten, aber dafür weniger an den nationalen Interessen und Bedürfnissen der Menschen in Europa orientiert.**

Gesetzesänderungen 2013:

## Welche neuen Regelungen kommen auf die Bürger in 2013 zu?

**M**it dem Jahreswechsel sind neue Gesetzesvorschriften in Kraft getreten, auf die sich die Bürger nun einstellen müssen. Die wegfallende Praxisgebühr, mehr Geld für Langzeitarbeitslose oder eine veränderte Rundfunkgebühr sind nur die wichtigsten der zahlreichen gesetzlichen Änderungen. Meist führen die Änderungen auch zu höheren Abgaben, Steuern und Gebühren. Doch in diesem Jahr zeigt sich, dass es mitunter auch Verbesserungen für die Bürger gibt. Oder liegt das nur daran, dass wir am 22. September 2013 zu den Wahlen gerufen werden, um einen neuen Bundestag zu wählen?

### Rundfunkgebühr

Die GEZ-Gebühren werden komplett umgestellt. Die Zahl der Fernseh- und Radiogeräte oder die Zahl der Mitbewohner spielt keine Rolle mehr, sondern es zählt nur noch die Wohnung. Die Rundfunkabgabe von bislang 17,98 Euro



**GEZ-Gebühren gehören der Vergangenheit an.**

im Monat wird nunmehr also gleichermaßen fällig für Singles, Großfamilien oder eine Wohngemeinschaft. Die neuen Techniken wie Smartphones und Laptops haben dazu geführt, dass immer mehr Deutsche ihre Fernseher und Radios angemeldet haben. Die Gebühreneinnahmen gingen in den letzten Jahren deshalb deutlich zurück. Diese Entwicklung soll mit der neuen Abgabe gestoppt werden.

Der Unmut vieler Gebührenzahler macht sich aber auch an dem Ausgabenverhalten der Rundfunk- und Fernsehanstalten fest. Mit den erstaunlich hohen Summen, die zum Beispiel für Sportrechte ausgegeben werden, trägt der Gebührenzahler zur Finanzierung von Traumgehältern bei, die mit der erbrachten Leistung kaum mehr zu rechtfertigen sind.

### Hartz IV

Langzeitarbeitslose bekommen monatlich fünf bis acht Euro mehr. Der Regelsatz für einen Single steigt von 374 Euro



**Hartz IV-Beträge sind leicht angehoben worden.**

auf 382 Euro. Das ist ein Plus von 2,1 Prozent. Der Hartz-IV-Satz für Partner erhöht sich um acht auf 345 Euro, für Kinder bis sechs Jahre auf 224 Euro (plus 5 Euro), für Kinder von 7 bis 14 Jahren um 6 auf 255 Euro und für Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren um ebenfalls 6 auf 289 Euro.

### Rente

Der Beitragssatz zur Rentenversicherung sinkt 2013 von 19,6 Prozent auf 18,9 Prozent. Das ist der niedrigste Stand seit 1995.

Damit werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber um jeweils mehr als drei Milliarden Euro jährlich entlastet. Auf dem



**Der Beitragssatz zur Rentenversicherung sinkt auf den niedrigsten Stand seit 1995.**

Weg zur Rente mit 67 erreicht die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze die zweite Stufe: Neu-Rentner des Geburtsjahrgangs 1948 müssen 2013 für eine abschlagfreie Rente zwei Monate über ihren 65. Geburtstag hinaus arbeiten. Im Jahr 2029 ist dann dieser Anpassungsprozess beendet, die Rente mit 67 erreicht.

### Praxisgebühr

Die Zehn-Euro-Gebühr für Arztbesuche pro Quartal fällt ab sofort weg. Den Krankenkassen soll der Ausfall von knapp



**Die Praxisgebühr wird ersatzlos gestrichen.**

zwei Milliarden Euro im Jahr durch Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds ausgeglichen werden. Dabei hatte die Gebühr, von der man sich seinerzeit eine „diszipliniertere“ Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen versprach, kaum zu einer Verbesserung der Finanzierung der Gesundheitskosten beigetragen. Sie war mit einem derart hohen Verwaltungsaufwand verbunden, dass sie zu weit mehr als 50 Prozent dadurch aufgezehrt wurde.

### Pflegeversicherung

Der Beitragssatz für die Pflegeversicherung ist zum 1. Januar 2013 von 1,95 auf 2,05 Prozent gestiegen, bei Kinderlosen auf 2,3 Prozent. Das bringt Mehreinnahmen von 1,1 bis 1,2 Milliarden Euro im



**Der Beitrag zur Pflegeversicherung steigt.**

Jahr. Menschen mit Demenz oder geistiger Behinderung, die von Angehörigen zu Hause betreut werden und in keine Pflegestufe eingruppiert sind, können im Gegenzug neben den heute bereits möglichen maximal 200 Euro für Betreuung ein Pflegegeld von weiteren 120 Euro oder Sachleistungen von bis zu 225 Euro erhalten. Auch in Stufe I und II gibt es Erhöhungen. Ambulante Dienste bieten künftig auch Betreuung an. Wohnformen zwischen ambulant und stationär werden bereits seit Ende Oktober 2012 stärker gefördert.

### „Pflege-Bahr“

Der Abschluss privater Zusatzversicherungen für den Pflegefall wird steuerlich gefördert. Es gibt bei einem Mindestbeitrag von 10 Euro einen Zuschuss von 5 Euro. Die Zulage wird erstmalig Anfang 2014 rückwirkend für 2013 durch die Versicherungsunternehmen beantragt. Bei Abschluss einer Police wird auf eine Gesundheitsprüfung verzichtet.

### Beitragsbemessungsgrenze

Sie steigt in 2013 unterschiedlich stark an. In der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 5600 auf 5800 Euro im Westen und von 4800 auf 4900 Euro im

Osten der Republik. In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung wird die Gehaltsgrenze, bis zu der Sozialabgaben fällig werden, von 3825 auf 3937,50 Euro monatlich angehoben.

### Arbeitsmarkt

Die Bezugsdauer beim Kurzarbeitergeld wurde angesichts der sich abschwächenden Konjunktur bereits zum 14. Dezember 2012 auf bis zu zwölf Monate verdoppelt. Dies soll den Unternehmen Planungssicherheit geben und Entlas-



**Wegen der sich abschwächenden Konjunktur ist die Zahlung des Kurzarbeitergeldes verlängert worden.**

sungen möglichst verhindern. Zudem steigt die Verdienstobergrenze für Minijobber um 50 Euro auf 450 Euro. Wer eine solch geringfügig entlohnte Beschäftigung 2013 erstmals annimmt, muss Beiträge zur Rentenversicherung abführen. Betroffene können sich aber auf Antrag von der Versicherungspflicht befreien lassen.

Ebenfalls um 50 Euro angehoben wird die Obergrenze für Minijobs: Für sie gilt damit künftig eine Entgeltspanne zwischen 450,01 Euro und 850 Euro. Die höhere Minijob-Grenze kommt auch Frührentnern zugute: Sie dürfen dann bis zu 450 Euro im Monat hinzuverdienen, ohne dass dies rentenmindernd angerechnet wird.

### Verkehr

Als neue Konkurrenz zu Zügen, Autos und Billigfliegern bekommen innerdeutsche Fernlinienbusse freie Fahrt auf deut-



**Jetzt dürfen Busunternehmen auch im Fernverkehr tätig werden.**

schen Straßen. Mit Rücksicht auf den vom Steuerzahler subventionierten öffentlichen Nahverkehr dürfen die Busse

allerdings nur Haltepunkte im Abstand von mindestens 50 Kilometern anfahren. Ein weiteres Monopol ist damit gefallen. Wenn dies zu mehr Konkurrenz und günstigeren Fahrpreisen beiträgt, kann dies aus Sicht der Konsumenten nur begrüßt werden.

### Versicherungen

Unisex-Tarife waren im letzten Quartal des Jahres 2012 der Grund für intensive Werbemaßnahmen der Versicherungsbranche, um die Verbraucher noch zum kurzfristigen Versicherungsabschluss zu veranlassen. Obwohl das Gesetz Mitte Dezember an der letzten parlamentarischen Hürde, dem Bundesrat, scheiterte, wollen die Versicherungen nur noch sogenannte Unisex-Tarife anbieten. Teurer wird es für Männer bei der Alters- und Berufsunfähigkeitsvorsorge, für Frauen bei Risikoversicherungen. Bei Unisex-Tarifen zahlen Männer und Frauen für die gleiche Versicherung den gleichen Preis.

### Steuersenkung

Der steuerliche Grundfreibetrag steigt 2013 um 126 Euro auf nunmehr 8130 Euro im Jahr. Das ist etwas mehr, als nach dem neuen Existenzminimumbericht verfassungsrechtlich nötig wäre (8124 Euro im Jahr). Dies bringt im Monat höchstens zwei Euro zusätzlich, die nicht versteuert werden müssen. Ein überaus „großzügiges Geschenk“ von Vater Staat, der es auch 2012 wieder nicht geschafft hat, eine Steuerreform auf den Weg zu bringen, die die kalte Steuerprogression zu Lasten von Normalverdienern endlich beendet.

### Gebäudesanierung

Im Zuge eines neuen Programms zur energetischen Gebäudesanierung werden Einzelmaßnahmen mit bis zu 5000 Euro bezuschusst. Die Bundesregierung stellt ab 2013 rund 300 Millionen Euro zusätzlich für dieses Programm zur Verfügung, um das Energiesparen in Gebäuden zu forcieren. Hier sieht Bundesumweltminister **Peter Altmaier (CDU)** noch nicht ausgeschöpftes Potential zur Reduzierung des künftigen Energiebedarfs.

### Rentensteuer

Arbeitnehmer können ab 2013 etwas mehr von den gesetzlichen Rentenbeiträgen steuerlich absetzen. Statt bisher 48 Prozent des Arbeitnehmeranteils sind es nunmehr 52 Prozent.

### Elterngeld

Das Elterngeld für Kinder, die ab 2013 geboren werden, wird künftig anders berechnet. Die Neuregelung führt dazu,



**Elterngeld ist neu gestaltet worden. Die Regelungen sind allerdings nicht einfacher geworden.**

dass viele Arbeitnehmer die Berechnung des Elterngeldes nicht mehr selbst vornehmen können und auch weniger Elterngeld erhalten. Zur Vermeidung von Nachteilen sollten sich werdende Eltern vor allem bei der Wahl der Steuerklasse frühzeitig beraten lassen.

### Lohnsteuer-Freibeträge

Als Vereinfachung für Arbeitnehmer erlaubt die Finanzverwaltung auf Antrag, Lohnsteuer-Freibeträge künftig (spätestens ab Kalenderjahr 2015) auf zwei Kalenderjahre zu verlängern. Ein jährlicher Antrag auf Lohnsteuer-Ermäßigung beim Finanzamt kann damit entfallen. Auch dieser Punkt ist Teil des noch nicht beschlossenen Jahressteuergesetzes 2013.

### Übungsleiterpauschale

Nebenberufliche Tätigkeiten wie die Arbeit als Trainer, Ausbilder oder Betreuer sollen künftig stärker steuerlich begünstigt werden. Die steuerfreie Übungsleiterpauschale steigt von derzeit 2100 Euro auf 2400 Euro. Zudem soll die „Ehrenamtspauschale“ um 220 Euro auf nunmehr 720 Euro steigen. Die Änderungen werden voraussichtlich erst Anfang 2013 beschlossen, sollen aber rückwirkend zum 1. Januar in Kraft treten.

### Handwerk

Nach vierjähriger Übergangszeit fällt das Schornsteinfegermonopol endgültig. Haus- und Wohnungseigentümer haben dann die freie Wahl, wem sie den Auftrag für Überprüfungs-, Kehr- und Messarbeiten erteilen. In der alleinigen Zuständigkeit der Bezirksschornsteinfegermeister verbleiben nur hoheitliche Maßnahmen, wie die sogenannte Feuerstättenschau und die Bauabnahme.



**Das Schornsteinfegermonopol ist gefallen.**

## Glosse

## Tach auch

Justus V. Anonymus

## Tach auch, Kollegen.



Ist dat nich herrlich: (Vorsicht, das Wort „herrlich“ könnte sexistisch sein!), die Schornalstin, die der Brüderle sexistisiert hat, heißt ausgerechnet „Himmelreich“! Wie war dat noch mit dem Kamel und dem Nadelöhr?

Wat hat der Brüderle zu der Schornalstin jesacht oder mit der jemacht? Im Internet habe ich Folgendes jefunden: „Sie können ein Dirndl auch ausfüllen.“ Er habe auch ihre Hand genommen, diese geküsst und sei ihr zum Abschied sehr nahe gekommen. Hmm, saren wir mal so: ein bejnadeter Wummenaiser is der Brüderle jrad nich.

Wenn der Brüderle sacht, Frau Himmelreich könne ein Dirndl auch ausfüllen, dann meint der ja wohl, dat er sich die jut in ein bajuvarisches Trachtenkleid vorstellen kann. Jetz denkt natürlich jeder, zumindest jeder Mann, nur an dat eine, aber dat tun Männer ja sowieso,

nur sin se meistens so schlau und halten den Mund. Wie hättet ihr et denn jerne?

So?



Oder so?



Also schnuckelich is dat beides. Schade eijentlich, dat manche Frauen den Männern solche kleinen Freuden übel nehmen.

Jetzt dat mit der Hand. Vielleicht hat der Brüderle dabei ja an dat Märchen von Brüderschen und Schwesterschen jedacht: Brüderschen nahm sein Schwesterschen an der Hand und sprach: „Seit die Mutter tot ist, haben wir keine gute Stunde mehr; die Stiefmutter schlägt uns alle Tage, und wenn wir zu ihr kommen, stößt sie uns mit den Füßen fort.“

## Brüderle & Schwesterle

Am End wurde die Hexe aber ins Feuer gelegt und musste jammervoll verbrennen. Und als sie verbrannt war, wurde auch das Rehkälbchen von dem bösen Zauber erlöst und erhielt seine menschliche Gestalt wieder; Schwesterchen und Brüderchen aber lebten glücklich zusammen bis an ihr Ende. Jetzt darf man ja seit Neuestem auch nicht mehr Hexe saren, weil dat ja die Frauen verunjlimpft.

Wenn man politikel korrekt sein möchte, hieße dat etwa „weise Frau, die ihre Heilungskompetenzen bösartig überschreit“.

Jetzt allerletzte Frage: Wer könnte wohl in unserer realen Geschichte die böse weise Frau sein? Der Stern ganz sicher nicht. Der hat doch nur aus lauter

schornalistischen Erwägungen jehandelt. Er hat sich über ein Jahr lang nach schmerzlichen Gewissenskonflikten dazu durchjerungen, die Story jetzt herauszubringen.

So, jenuch jelästert. Ich wünsche Euch eine erfolgreiche Fastenzeit.

Ne schöne Jroß

Justus V. Anonymus

## Heute schon gelacht?

### Engelmacher

Streiten sich ein Arzt und ein Jurist. Wütend ruft der Arzt: „Ihr Beruf macht nicht gerade Engel aus den Menschen!“ Lacht der Jurist und meint: „Stimmt, Herr Doktor, da leistet Ihr Berufsstand wesentlich mehr.“

### Missverständnis

Frau Neumann spricht im Gericht vor und will ihrem Mann den Zutritt zur Ehwohnung verbieten lassen. Der Geschäftsstellenbeamte holt das Formular: „Ihr Name, Frau ...?“ – „Ich heiße Neumann.“ – „Und Ihr Alter?“ – „Na, wenn ich Neumann heiße, dann heißt mein Alter auch Neumann!“

### Kompromiss

Ein junger Richter glaubt, einen alten Querulanten zu einem Vergleich bewegen zu können. Richter: „Na, Herr Kläger, wollen Sie nicht vielleicht doch vergleichen?“

Querulant: „Ja, Ihre Schuhgröße mit

meiner vielleicht, Herr Vorsitzender, aber sonst sicher nichts!“

Richter: „Nein, das meine ich nicht, Sie sollen von Ihrer Klageforderung etwas nachlassen!“

Querulant: „Na freilich, dass man mir dann Nachlässigkeit vorwirft, kommt gar nicht in Frage!“

Richter: „Herr Kläger, damit es endlich klar ist: Sie sollen Ihre Klage aufgeben!“

Querulant: „Aber das habe ich doch schon gemacht – per Einschreiben ans Gericht!“

### Erklärung

Was ist der Unterschied zwischen einem Zeugen, einem Sachverständigen und einem Richter? Der Zeuge hat angeblich etwas gesehen, versteht aber nichts davon. Der Sachverständige hat nichts gesehen, versteht aber angeblich von allem etwas. Der Richter hat weder etwas gesehen noch versteht er etwas davon.

### Kernkompetenzen

Zwei Mütter unterhalten sich über ihre herangewachsenen Sprösslinge. „Was will denn Ihrer später einmal werden?“ – „Rechtsanwalt! Er streitet gern, mischt

sich ständig in anderer Leute Angelegenheiten ein und weiß immer alles besser. Da habe ich ihm geraten, er soll sich das doch bezahlen lassen.“

### Rechtsphilosophisches

Es gibt Gerechte und Ungerechte auf dieser Welt. Wer ungerecht ist, entscheiden die Gerechten.

### Berufliche Entwicklung

Wenn der Jurist ist recht geraten, macht man ihn zum Advokaten.

Ist sein Wissen nicht ganz klar, wird aus ihm noch ein Notar.

Taugt er auch zu diesem nicht, kommt er meist zum Landgericht.

Und ist auch hierfür er zu dumm, dann gibt's noch das Ministerium.

### Aus der Praxis

Klient entrüstet zu seinem Rechtsanwalt: „Aber, Herr Rechtsanwalt, Sie haben, wie ich soeben höre, meinen Prozess in dritter Instanz verloren!“ – Rechtsanwalt (gemütlich): „Sind Sie aber ein unverschämter Mensch! Haben Sie nicht genug daran, dass Sie den Prozess in zwei Instanzen gewonnen haben?“

Klage abgewiesen

## Patienten müssen rezeptfreie Medikamente selbst zahlen

Zumutbare Eigenleistungen der Versicherten könnten verlangt werden

**Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat entschieden, dass die Kosten für rezeptfreie Medikamente stets durch die Patienten getragen werden müssen. Das Gericht hat die Klage eines chronisch Erkrankten abgewiesen, der regelmäßig rezeptfreie Medikamente vom Arzt verordnet bekommt.**

Die Verfassungsrichter sehen die Krankenkassen nicht in der Pflicht, die Kosten für nicht verschreibungspflichtige Medikamente zu übernehmen. Der Argumentation des Klägers, chronisch

aus, dass die Belastung der Versicherten in einem angemessenem Verhältnis zu dem Ziel stehe, die Kosten im Gesundheitswesen zu dämmen. Die gesetzlichen Krankenkassen müssten nicht alles bezahlen, was „an Mitteln zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit verfügbar ist“.

Die Beschwerde des 1934 Geborenen hatte keinen Erfolg. Der Kläger leidet an einer chronischen Atemwegserkrankung, die sein Hausarzt dauerhaft mit einem schleimlösenden Medikament behandelt. Das kostet im Monat 28,80 Euro. Die

Krankenkasse lehnte eine Übernahme der Kosten trotz ärztlicher Verschreibung ab. Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass der Ausschluss verschreibungsfreier Medikamente aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Ins-

besondere sei nicht der Grundsatz der Gleichbehandlung verletzt, weil die Differenzierung der Krankenkassen durch Sachgründe gerechtfertigt würde. Zumutbare Eigenleistungen der Versicherten könnten verlangt werden. Bei schwerwiegenden Erkrankungen, bei denen das Medikament zum Therapiestandard gehöre, könnten auch nicht verschreibungspflichtige Medikamente zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordnet werden.

Die Schwere der Erkrankung sei im Rahmen eines Krankenversicherungssystems ein naheliegendes Sachkriterium, um innerhalb des Leistungskatalogs zu differenzieren.

Zudem sei gewährleistet, dass für Medikamente, die als Therapiestandard bei schwerwiegender Erkrankung anerkannt sind, die Krankenkasse ausnahmsweise die Kosten übernimmt.

Der Gesetzgeber habe Regelungen getroffen, um die Belastung von chronisch Kranken durch die Kosten für Medikamente in Grenzen zu halten. Auch ein besonderer Härtefall liege nicht vor. Der Beschwerdeführer habe nichts dazu vorgebracht, dass es in seinem Fall „sozial nicht vertretbar“ ist, eine sich für ihn ergebende Belastung von 28,80 Euro monatlich nicht tragen zu können, urteilte das Gericht.



**Krankenkassen müssen die Kosten für rezeptfreie Medikamente im Regelfall nicht übernehmen.**

Kranke hätten bei der Nichtübernahme der Kosten durch die Krankenkassen ein Sonderopfer zugunsten der Allgemeinheit zu erbringen, konnte sich das Bundesverfassungsgericht nicht anschließen. Die Richter führen in ihrem Beschluss vom 16. Januar 2013 (1BvR 69/09) u. a.

## Spitzenämter im AVD und Werkdienst dauerhaft gesichert?

Gesetz an Ausschüsse überwiesen

**B**islang war die gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von Spitzenämtern der Besoldungsgruppen A 11 und A 10 BBO für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes bis zum 31. 12. 2013 befristet.

Ende des Jahres 2012 hat die Landesregierung die Entfristung dieser Gesetze in den Landtag eingebracht. Dort wurde das Gesetz in erster Lesung behandelt und an den Rechts- sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Beide Ausschüsse haben den Entwurf zwischenzeitlich beraten und dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Piraten die unveränderte Annahme empfohlen.

Die Landesregierung hält diese Regelungen weiter für dauerhaft erforderlich,



**Das Entfristungsgesetz wird als Grundlage für beruflichen Aufstieg im Strafvollzug in den Laufbahnen des AVD und des Werkdienstes gesehen.**

weil sie sich bewährt haben. Von daher sei es geboten, die geltende Befristung gänzlich aufzuheben.

MdL Dirk Wedel (FDP) kündigte für seine Fraktion aus grundsätzlichen Erwägungen die Enthaltung bei der Abstimmung über das Gesetzesvorhaben an. Er halte eine regelmäßige Kontrolle der Erforderlichkeit und Wirkung bestehender Vorschriften für geboten, um auf

der Grundlage der Prüfergebnisse Möglichkeiten der Vereinfachung oder Abschaffung von Vorschriften zu erwägen. Diese Intention werde verhindert, wenn man Befristungen aufhebe.

**BSBD-Landesvorsitzender Peter Brock** zeigte sich in Düsseldorf hochoffiziell über die sich abzeichnende Entfristung: „Mit dem Gesetzesvorhaben bekommen wir endlich die angestrebte Planungssicherheit für die Nach-

besetzung von leitenden Funktionen in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugs- und Werkdienstes sowie des Krankenpflagedienstes im Justizvollzugs-krankenhaus Fröndenberg.“ Nach Auffassung des Gewerkschafters ist damit eine wesentliche Hürde zu einer dauerhaft aufgaben- und leistungsangemessenen Besoldung der Spitzenfunktionen dieser Laufbahnen genommen.



Frank Mertzbach (li.), alter und neuer OV-Vorsitzender, gratuliert Kurt Thiemann (re.) für 50-jährige Mitgliedschaft im BSBD. Weiter im Bild von links: Stv. Landesvorsitzender Heinz Klein, Horst Bock, langjähriger Aachener OV-Vorsitzender, und Bezirkssprecher Rolf Oelke. Bild rechts: 2012 war für die JVA Aachen ein Jahr ohne gravierende Vorkommnisse, was sich positiv auf Stimmung und Betriebsklima ausgewirkt hat.

OV Aachen:

## Frank Mertzbach als Vorsitzender des Ortsverbandes bestätigt

Kurt Thiemann für seine 50-jährige Verbundenheit mit dem BSBD gewürdigt

**D**er Ortsverband Aachen im Bund der Strafvollzugsbediensteten NRW hatte zur Anfang Januar 2013 zur Jahreshauptversammlung geladen, und die Kolleginnen und Kollegen waren zahlreich erschienen. Ein Jahr ohne spektakuläre Vorkommnisse hat zu einer deutlichen Beruhigung der Lage in der JVA Aachen beigetragen. Deshalb verlief die Veranstaltung unaufgeregt, konstruktiv und in angenehmer Atmosphäre. Ortsverbandsvorsitzender Frank Mertzbach konnte Heinz Klein und Rolf Oelke vom BSBD-Landesverband begrüßen, die eigens aus der Rheinmetropole Köln angereist waren, um über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit des BSBD zu berichten.

Zu Beginn der Veranstaltung galt es, ein ganz besonderes Jubiläum des Kollegen und Ruheständlers **Kurt Thiemann** zu würdigen, und zwar dessen nunmehr 50-jährige gewerkschaftliche Verbundenheit mit dem **BSBD**. Als besondere Anerkennung überreichte ihm **Frank Mertzbach** neben der Jubiläumsurkunde die goldene Verbandsnadel. Er würdige den Jubilar, indem er dessen Treue zur Gewerkschaft Strafvollzug besonders hervorhob: „In unserer heute so schnelllebigen Zeit ist es ein besonderer Wert, seinen Überzeugungen treu zu bleiben. Dies ist ein Beispiel dafür, dass es gilt, dicke Bretter zu bohren, um für den Strafvollzug und dessen Beschäftigte Verbesserungen durchzusetzen und zu erreichen. Der Vollzug ist eben nicht der Nabel der Welt, da braucht es Menschen wie Sie, Menschen mit Stehvermögen“.

Nach der Erstattung des Geschäfts- und des Kassenberichts erteilten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der

Veranstaltung dem Vorstand Entlastung, hatten die Berichte doch den Beleg für eine ordnungsgemäße, effiziente Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben erbracht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stand die Neuwahl des Vorsitzenden an. **Frank Mertzbach** stellte sich erneut dem Votum der Mitglieder. Er wurde dann auch mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Die Kolleginnen und Kollegen haben eben nicht vergessen, dass der alte und neue Vorsitzende stets ein offenes Ohr für ihre Sorgen und Nöte hat und sich zudem uneigennützig für ihre Interessen einsetzt, wenn es gilt Flagge zu zeigen. So war es 2009, als die Flucht von **Heckhoff** und **Michalski** die Aachener Vollzugsseinrichtung in arge Bedrängnis brachte. Und so ist es auch heute noch, wenn es um die Beherrschung weniger medienwirksamer Ereignisse geht.

Dem stellvertretenden **BSBD**-Landesvorsitzenden **Heinz Klein** und dem

Bezirkssprecher **Rolf Oelke** war es vorbehalten, die aktuellen gewerkschaftlichen Aktivitäten und Initiativen vorzustellen. Insbesondere die sich langsam abzeichnende Dienstrechtsreform mit ihren voraussichtlich weitreichenden Auswirkungen auf Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht standen im Mittelpunkt ihrer Ausführungen. **Heinz Klein** machte darauf aufmerksam, dass die Mehrarbeitsbelastung der Strafvollzugsbediensteten in den zurückliegenden Monaten sprunghaft angestiegen sei und nun bereits wieder die Marke von 500.000 Stunden überschritten habe. Dies sei ein Beleg dafür, dass Aufgabenbestand und Personalausstattung im Strafvollzug nicht in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen: „Wir werden die Politik mit diesem Problem konfrontieren und auf baldige Abhilfe drängen“. Mit einem geselligen Beisammensein und einem regen Meinungsaustausch ging die Veranstaltung am späten Abend zu Ende.



Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.  
Gewerkschaft Strafvollzug

Besuchen Sie und im Internet  
[www.bsbd-nrw.de](http://www.bsbd-nrw.de)

Blick über den Tellerrand

## Großbritannien hat mit negativen Auswirkungen der Privatisierung von Gefängnissen zu kämpfen

Profitstreben hält Einzug in Bereiche, die unter Wirksamkeitsgesichtspunkten organisiert werden sollten

**G**ut, dass es den Artikel 33 im Grundgesetz gibt, ansonsten hätten wir es unter Umständen mit den gleichen Problemen zu tun, die jetzt in einer groß angelegten Kampagne durch unsere britischen Kolleginnen und Kollegen beklagt werden. Bei uns dürfen Gefängnisse nicht gänzlich privatisiert werden, weil der Staat hoheitliche Aufgaben selbst und mit eigenem Per-

sonal wahrzunehmen hat. In England ist die Situation gänzlich anders, hier gibt es keine Rechtsvorschrift, die den Betrieb von Gefängnissen oder anderen öffentlichen Einrichtungen durch Privatunternehmen verhindert. Damit hält das Profitstreben Einzug in Bereiche, die nicht unter Gewinn-, sondern unter Wirksamkeitsgesichtspunkten organisiert und gestaltet werden sollten.



Die Prison Officers Association rief 2011 zur Demonstration auf, nachdem das Gefängnis in Birmingham an einen privaten Betreiber übergeben worden war.



Leicester Prison wies Ende August 2012 die höchste Überbelegung in ganz England auf. Die 175 Haftplätze waren mit sage und schreibe 337 Gefangenen belegt.

Die **Prison Officers Association (POA)** organisiert in ganz Großbritannien und Nordirland 36.500 Mitglieder, von denen die überwiegende Anzahl in staatlichen Gefängnissen und geschlossenen Bereichen der Psychiatrien beschäftigt ist. Lediglich 1.000 Mitglieder stehen bei privaten Betreibern von Vollzugseinrichtungen in Lohn und Brot.

Mit den Betreibern privater Gefängnisse sind Verträge mit Laufzeiten zwischen fünf und fünfundzwanzig Jahren abgeschlossen worden, so dass sich der Staat für einen überaus langen Zeitraum festlegt und an Privatunternehmen gebunden hat. Damit verliert er ein gutes Stück an Flexibilität in seinen Handlungsmöglichkeiten.

### Kapazitätsreduzierungen nur zu Lasten der staatlichen Gefängnisse

Auf veränderte Rahmenbedingungen kann nur noch in der Weise reagiert werden, dass eventuell notwendige Kapazitätsreduzierungen nur zu Lasten der staatlichen Gefängnisse vorgenommen werden können. Anderen Gesichtspunkten wie Lage, Ausstattung, baulicher Zustand oder Wiedereingliederungserfolge von Vollzugseinrichtungen kommt we-

gen der vertraglichen Bindungen keine entscheidungserhebliche Bedeutung zu.

Nach amerikanischem Beispiel hat zu Beginn der 1990er Jahre die Privatwirtschaft Einzug in den britischen Strafvollzug gehalten. Unter der seinerzeit konservativen Regierung fiel die neoliberale Ideologie der absoluten Marktgläubigkeit auf fruchtbaren Boden.

### 10 Prozent der Gefängnisse sind privat betrieben

Viele öffentliche Einrichtungen und auch Gefängnisse wurden privatisiert. **New Labour**, unter **Tony Blair** 1997 an die Macht gelangt, stemmte sich zu Oppositionszeiten strikt gegen jede Form der Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Nach der Regierungsübernahme 1997 wollte die Partei, die Privatisierungen im Strafvollzug immer als moralisch verwerflich geißelt hatte, von ihrer früheren Überzeugung nichts mehr wissen und setzte den Privatisierungsweg der Konservativen unbeirrt fort.

Zwischenzeitlich werden in Großbritannien 10 Prozent der Gefängnisse privat betrieben. Noch höher ist der Prozentsatz in Schottland, wo Privatunternehmen 16 Prozent der Vollzugseinrichtungen

betreiben. Erst seit wenigen Jahren, seit auch dem Letzten klar geworden ist, dass die privaten Unternehmen vorrangig am Profit orientiert sind, dass die Rehabilitation von Straftätern nur eine nachrangige Rolle für die Wirtschaftsinteressen der Unternehmen spielt und dass Steuergelder ausgegeben werden, ohne mehr Sicherheit zu schaffen, setzt bei den politischen Verantwortungsträgern langsam ein Umdenken ein.

Der schottische Justizminister kam denn auch schon zu erstaunlichen Erkenntnissen. Er erklärte öffentlich, dass Gefängnisse vorrangig der öffentlichen Sicherheit und nicht dem privaten Profit verpflichtet zu sein hätten. Er verlangte konsequenterweise die Abkehr von den Gefängnisprivatisierungen.

### Private Gefängnisbetreiber sind finanziell gut ausgestattet

Die **POA** muss sich aber weiter gegen Privatisierungsabsichten stemmen. Die Lobby der privaten Gefängnisbetreiber ist stark und finanziell gut ausgestattet. Um die Dividenden ihre Aktionäre zu sichern, haben sie wirksame Strategien zur Beeinflussung der Politik entwickelt und geschaffen. Viele in der Regierungsver-

antwortung stehende Politiker lassen sich nur allzu gern von den Hochglanzproschräumen der Gefängnisindustrie täuschen und blenden, die ihnen verspricht, alle Probleme, angefangen von der Überbelegung bis hin zu einzelnen Behandlungsmaßnahmen, effizient, professionell und dazu noch kostengünstig lösen zu können.

### Fachaufsicht über die Privatgefängnisse ist sicherzustellen

Nehmen die Verantwortlichen solche Angebote an, sind sie fast aller Sorgen ledig. Sie müssen nicht mehr selbst nach konstruktiven Lösungen für die Probleme des Strafvollzuges suchen, sondern lediglich die Fachaufsicht über die Privatgefängnisse sicherstellen. Wenn es dann für den Steuerzahler doch etwas teurer werden sollte, dann wird eine solche Entwicklung eben als unvermeidlich hingestellt, ohne dass man sich selbst in der Verantwortung sieht.

### Studie zum Zustand der britischen Vollzugsanstalten in Auftrag gegeben

Unterstützung erhalten die Kolleginnen und Kollegen von der **Prison Officers Association** durch die **Howard League for Penal Reform**. Diese mit öffentlichen Mitteln geförderte und nach dem Vollzugsreformen **John Howard** benannte Institution fühlt sich der inhaltlichen Ausgestaltung des Strafvollzuges verpflichtet. Nachdem immer mehr Gefängnisse privatisiert worden sind und auch die Vorkommnisse in den Einrichtungen dramatisch zunahmen, hat die **Howard League for Penal Reform** eine Studie zum Zustand der britischen Vollzugsanstalten in Auftrag gegeben.

Diese Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass die Überbelegung der britischen Gefängnisse nicht länger hinzunehmen sei.

Die Zahl der Gefangenen müsse drastisch reduziert werden, damit der Strafvollzug nicht überfordert werde. Viele kurzzeitige Freiheitsstrafen müssten durch soziale Arbeit für die Gesellschaft ersetzt werden. Dies ließe sich regional organisieren und verheiße bessere Resozialisierungschancen, weil die Betroffenen nicht aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen würden.

Der Bericht gelangt zudem zu der Einschätzung, dass die dringend nötige und mögliche Reduzierung der Gefangenenzahlen die Regierung in die Lage versetzen würde, auf die Privatisierung von Gefängnissen weitgehend zu verzichten.

Nach Einschätzung der **Prison Officers Association (POA)** hat die Privatisierung des Strafvollzuges zu **keiner** einzigen Innovation des Behandlungsvollzuges geführt. Die Gefängnisindustrie bilde in ihren Einrichtungen das Angebot der staatlichen Einrichtungen ab und versuche, dieses mit weniger Personal und niedrigeren Löhnen billiger zu befriedigen, damit eine ordentliche Rendite für die Kapitaleigner erzielt werden könne. Der mangelhafte Kündigungsschutz tue ein Übriges, um die Beschäftigten zu willfährigen Erfüllungsgehilfen dieser Unternehmen zu machen.

### Kampagne: „Gefängnisse sind nicht gewinnorientiert“

Um die Politik nun zu einer Abkehr von dem Irrweg der Privatisierung der britischen Gefängnisse zu bewegen, hat die **POA** die Kampagne „Gefängnisse sind nicht gewinnorientiert“ aufgelegt. Politik und Öffentlichkeit sollen über die Risiken einer Strategie aufgeklärt werden, die vorrangig auf privatwirtschaftliche Lösungen für hoheitliche Probleme setzt. Die **POA** klärt anhand statistischen Datenmaterials darüber auf, dass der Personalabbau der zurückliegenden Jahre zu

mehr Gewalt in den Gefängnissen und zu einer signifikanten Steigerung der Selbstbeschädigungen und der Suizide geführt hat. Damit sei der Gewinn der Aktionäre auf dem Rücken und zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten erzielt worden.

Ein Sprecher der **Prison Officers Association** brachte es auf den Punkt: „Wir verlangen die Übernahme der britischen Privatgefängnisse in staatliche Hand. Wir wollen ein Rechts- und Strafvollzugssystem, das Sicherheit für die Gesellschaft schafft, das der Rehabilitation von Straftätern verpflichtet ist und auf das wir Beschäftigte mit Stolz blicken können!“

## Heute schon gelacht?

### Mit Vergnügen

Richter: „Angeklagter, der hier als Zeuge erschienene Herr Neumeier will von Ihnen bestohlen sein.“ Angeklagter: „Sehr gern, Herr Richter. Darf ich fragen, wo der Herr wohnt?“

### Das Gewissen

Vor einen bartlosen Richter wurde ein Strolch mit einem großen schwarzen Bart geführt.

Nachdem der Richter einen Blick in die Akten getan, wandte er sich an den Angeklagten mit den Worten: „Nach alledem zu schließen, muss Ihr Gewissen ebenso schwarz sein wie Ihr Bart!“

Der Strolch: „Wenn Sie, Herr Vorsitzender, das Gewissen nach dem Bart messen, so haben Sie gar kein Gewissen“.



Aufgrund Personalmangels haben die Gewalt, die Selbstbeschädigungen und Suizide signifikant zugenommen.



Das Gefängnis in Bronzefield ist europaweit die größte Vollzeleinrichtung für Frauen.

Dienstrechtsreform wirft ihre Schatten voraus:

## Keine neuen Sparmaßnahmen zu Lasten der Nachwuchskräfte

**S**eit 2006 ist die Gesetzgebungskompetenz für das Dienst- und Besoldungsrecht auf die Bundesländer übergegangen. Seit dieser Zeit fordern die Gewerkschaften strukturelle Weiterentwicklungen, werden aber immer wieder unter Hinweis auf die Reform vertröstet. Jetzt sollen Teilbereiche, die keinen Aufschub mehr dulden, in einem „Reparaturgesetz“ der notwendigen Regelung zugeführt werden. Mit Artikel 2 Nr. 5 des Dienstrechtsanpassungsgesetzes wird die Umstellung der Bemessung des Grundgehältes vom Dienstaltersprinzip

auf ein System mit Zeiten dienstlicher Erfahrungen vorgenommen. In der Begründung heißt es hierzu, das bei neu-eingestellten Beamtinnen und Beamten mit typischen Lebensläufen nicht von einer Verminderung des Lebens-einkommens auszugehen sei. Lediglich in Einzelfällen könne es zu einer Verschlechterung gegenüber der bisherigen pauschalen Anrechnung unter Zugrundelegung des Lebensalters führen. Diese Folgen seien notwendigerweise durch die Systemumstellung bedingt, argumentiert die Landesregierung.

Nachdem auch die Kolleginnen und Kollegen, die bereits als Widerrufsbeamte im Vorbereitungsdienst stehen, nach der erfolgreichen Ablegung der Laufbahnprüfung von diesen Änderungen betroffen sein sollen, hat der **BSBD** einmal nachgerechnet und festgestellt, dass in Einzelfällen erhebliche Einkommenseinbußen mit dieser Systemumstellung verbunden sein können. Übergangsregelungen sind insoweit nicht vorgesehen, was besonders für den Bereich des Strafvollzuges außerordentlich problematische Auswirkungen hat. Der Strafvollzug bemüht sich für die **Laufbahnen des allgemeinen Vollzugs- und des Werkdienstes speziell um lebensältere Nachwuchskräfte**, um deren

erst durch das Dienstrechtsreformgesetz 1997 eingeführt worden, um gerade den Nachwuchskräften ein höheres Einkommen für die Zeit der Familiengründung zu verschaffen.

Diese Regelung wurde zudem kostenneutral eingeführt, weil seit dieser Zeit und ab der sechsten die nächsten Grundgehältsstufen erst nach drei bzw. vier Jahren erreicht werden.

Die jetzt geplante Neuregelung führt damit zwangsläufig zu Einsparungen, so dass durchaus finanzieller Handlungsspielraum zur Abmilderung der aufgezeigten Härten vorhanden ist.

Um künftig den so sehr benötigten und umworbenen lebensälteren Bewerber

nach Auffassung des **BSBD** einen **moralischen Anspruch auf eine Art „Besitzstandswahrung“**. Deshalb hat der **BSBD** von der Politik eine **großzügige Übergangsregelung für die bereits in der Ausbildung befindlichen Nachwuchskräfte gefordert**.

Es ist dringend geboten, die Einkommen der Nachwuchskräfte nicht noch weiter absinken zu lassen, zumal Nordrhein-Westfalen beim bundesweiten Besoldungsvergleich lediglich einen Platz im unteren Mittelfeld belegt. Die aufgrund der Rechtsprechung erforderliche Abkehr vom Altersprinzip sollte deshalb nicht als weitere „Sparmaßnahme“ ausgestaltet werden. Jetzt bei der Besoldung der



**BSBD verlangt beim Dienstrechtsanpassungsgesetz Nachbesserungen zu Gunsten der Nachwuchskräfte.**



**Bereits während des Vorbereitungsdienstes sammeln die Nachwuchskräfte Erfahrungen für die spätere Berufsausübung.**

Lebenserfahrung für die Arbeit mit Straftätern zu nutzen.

Nachdem sich die Grundgehältsstufen bislang für die ersten fünf Stufen ausschließlich am Lebensalter orientierten, war es auch lebensälteren Bewerbern möglich, sich für ein berufliches Engagement in diesem Berufsfeld zu entscheiden. Die finanziellen Einbußen waren definitiv kalkulierbar und leicht zu ermitteln. Mit der Neuregelung wird diesem so sehr umworbenen Bewerberkreis ein Wechsel in den Bereich des Strafvollzuges faktisch unmöglich gemacht, zumindest aber erheblich erschwert.

Dabei war die Ausrichtung der ersten fünf Grundgehältsstufen am Lebensalter

bern ein berufliches Engagement im Bereich des Justizvollzuges zu ermöglichen, wären **großzügigere Anrechnungsregelungen** erforderlich. Speziell der Vorbereitungsdienst im Widerrufsbeamtenverhältnis sollte grundsätzlich als Zeit der beruflichen Erfahrung angerechnet werden. Hier wird zwar zunächst die Befähigungsvoraussetzung erworben, es werden aber gleichzeitig auch erste berufliche Erfahrungen gesammelt, die für die spätere Berufsausübung so überaus wichtig sind.

Die Neuregelung führt in Einzelfällen zu einer Reduzierung des künftigen Grundgehältes um 250 € bis 300 €. Besonders die jetzt in der Ausbildung befindlichen Nachwuchskräfte haben

Berufsanfänger eine weitere Einsparung zu realisieren, würde die Einkommen an die Grenze des verfassungsrechtlich kaum mehr Vertretbaren führen. Der Vollzug würde in der Zukunft zudem erhebliche Schwierigkeiten bekommen, seinen Bedarf an Nachwuchskräften befriedigen zu können. Nachdem sich das Dienstrechtsanpassungsgesetz derzeit in der parlamentarischen Beratung befindet, hat der **BSBD alle im Landtag vertretenen Parteien aufgefordert, sich für notwendige Ergänzungen und Änderungen im Sinne der BSBD-Forderungen einzusetzen** und zu verwenden. Über die Ergebnisse unserer gewerkschaftlichen Initiativen werden wir berichten.

OV Köln

## Wenn Münchener in eine Weltstadt reisen, haben sie was zu erzählen!



Münchener Reisegruppe vor der JVA Aachen.

**D**er nachstehende Beitrag des Kollegen Adler aus München ist ein Beleg dafür, dass fröhliche Geselligkeit nicht nur am Rhein zu Hause ist, sondern mitunter auch durch bajuwarische Naturmenschchen praktiziert wird. Wenn uns ein kleines Wort der Kritik gestattet ist, dann möchten wir doch anmerken, dass wir das ein oder andere Wort über die hervorragende, am Menschen orientierte Vollzugsarbeit vermisst haben. Es kann aber auch so sein, dass unsere bayerischen Gäste geradezu überwältigt und erschlagen gewesen sind, von dem reichhaltigen kulturellen Angebot einer multikulturellen Metropole. Sei es wie es sei, es hat uns Spaß gemacht und wir sollten den „Gedankenaustausch“ künftig weiter pflegen.

Nachdem uns die Kollegen aus Köln und Aachen bereits 2010 und 2011 heimgesucht hatten, rafften wir uns Ende 2012 endlich zum Gegenschlag auf. Uns erwartete ein straffes Programm. Ankunft in der JVA Köln, Mittagessen, Begrüßung durch den stellv. Anstaltsleiter, Herrn **Schriever**, und den Personalratsvorsitzenden **Rolf Oelke**. Es folgte eine ausführliche Führung durch das auch schon über 40-jährige Gemäuer, das 1969 das legendäre Gefängnis „Klingelpütz“ ablöste und ersetzte.

### „Kölsch ist eine bierähnliche Flüssigkeit“

Fazit: Wie in Bayern fehlen auch hier die Mittel zum Gebäudeunterhalt. Die Personaldecke ist etwas günstiger als bei uns. Nur die „Langzeitbesuche“ setzten uns etwas in Erstaunen. In Bayern wirkt wohl der ehemalige § 180 StGB noch nach, wonach Kuppelei bis 1969 mit bis zu fünf Jahren bedroht war.

In Aachen wurden wir am Eingang erst von der bayerischen Fahne und anschließend vom Personalratsvorsitzenden **Frank Mertzbach**

begrüßt. Die Besichtigung zeigte uns eine moderne Vollzugseinrichtung, die 1994 in Betrieb genommen wurde, mit den üblichen architektonischen Auswüchsen, was man in NRW als Kunst am Bau bezeichnet.

Eine zeitgemäße elektronische Gebäudeüberwachung- und eine Außensiche-

rung, die den Namen verdient, rundeten das Bild ab.

Nach den offiziellen Terminen setzte dann der Stress erst richtig ein. Da die Kölner und Aachener Kolleginnen und Kollegen in München gut betreut worden waren, setzten sie alle Hebel in Bewegung, die Münchner noch zu toppen – was auch gelang. Pro Abend wurde mindestens eine Kölsch-Kneipe besucht. Zum besseren Verständnis: Kölsch ist eine bierähnliche Flüssigkeit, die in Kleinstgebunden angeboten wird. Ein Kellner wird in Köln „Köbes“ genannt und zeichnet sich durch „außergewöhnliche Freundlichkeit“ aus. Positiv ist zu vermerken, dass die fast leeren „Reagenzgläser“ solange gegen gefüllte (teils mit Gewalt) ausgetauscht werden, bis man sich lautstark zur Wehr setzt.

### Auch die Kölner Küche ist einzigartig, sie besteht im Grunde aus drei Gerichten:

1. **Een halve Haan**, kein halbes Hendl, wie man meinen könnte, sondern eine Roggensemmel mit holländischem Käse, der bereits in die Tage gekommen ist.
2. **Sauerbraten rheinische Art**. Hier wird ein Stück Rind- oder Pferdefleisch mindestens 8 Wochen in einen Essigsud eingelegt und anschließend solange gegart, dass es ohne Messer



Der bayerische Delegationsleiter mit Kölner Begleitung.

und Dritte der Verdauung zugeführt werden kann.

3. Als letztes wird gerne „*Himmel un Äd met Blotwoosch*“ angeboten. Auf Deutsch: Himmel und Erde mit Blutwurst. Auf Bayerisch: Angebratene Blutwurst auf Kartoffelbrei. Dazu wird, warum auch immer, Apfelmus gereicht. Sollten diese Speisen nicht ankommen, an jeder Ecke gibt's Döner.

### In Köln ist das ganze Jahr Karneval

Im Gegensatz zu München, wo man sich nur zweimal, im Fasching und zur Wies'n, verkleidet, herrscht in Köln das ganze Jahr Karneval. Es genügt ein Mensch, der eine Gitarre oder ein Schifflavier quälen kann, und gefühlte 5000 Kölner verfallen in kollektiven Wahnsinn. Trotz der verteilten Liedtexte

tung Dom. Köln hat eine sehr bewegte Geschichte. Funde lassen vermuten, dass sich hier bereits in der Steinzeit Menschen angesiedelt haben. Leider wurde Köln im zweiten Weltkrieg zu 90 Prozent zerstört. Der Wiederaufbau in den fünfziger Jahren und die damit verbundenen Bausünden lassen kaum noch erkennen, dass hier schon die „alten Römer“ hausten. Köln ist für alles gewappnet, nur nicht für den KFZ-Verkehr.

Um den Verkehr einigermaßen am Laufen zu halten, ist die halbe Innenstadt untertunnelt. Jetzt versucht man gerade, eine U-Bahn zu bauen, was zur Folge hat, dass schon mal ein Stadtarchiv im Nirvana verschwindet.

Der öffentliche Nahverkehr funktioniert ganz ordentlich, wer aber ganz geschwindig von A nach B will, sollte todesmutig ein Kölner Taxi besteigen. Von vier Taxifahrern war einer Kölner, der uns



„Am Kölner Dom ist alles gigantisch. Die Bauzeit: 600 Jahre. Die Höhe: 157,38 m. Man sieht ihn von fast überall und wenn du davor stehst, erschlägt er dich“, so der Eindruck des bayrischen Delegationsleiters Adler.

war es uns nicht möglich, diese zu lesen oder mitzusingen. Der echte Kölner und der richtige Münchner haben aber eins gemeinsam: Wir verstehen uns, auch wenn wir uns nicht verstehen.

Ein Kölner Original, Kollege **Ralf Knoblich**, führte uns in historischer Uniform durch das antike Köln oder was davon noch erhalten ist. Erst zwei Stunden im Bus durch Köln und um Köln herum (vor lauter Wald nix gesehen).

Dann kurze Einkehr, Kölsch-Kneipe aufgesucht, „freundlicher“ Köbes, Sauerbraten rheinische Art gegessen, Reagenzgläser mit bierähnlicher Flüssigkeit geleert. Nach der schwer verdienten Pause zu Fuß weiter durch die Innenstadt Rich-

einen Vortrag über die Gefährlichkeit des Kölsch hielt, zwischenzeitlich sein Handy bediente und nebenbei noch einen Film am Multimediadisplays betrachtete.

Die restlichen drei waren undefinierbarer Herkunft – „*Isch mach Musik nur für disch!*“. Bei allen Taxifahrern machte sich aber die Nähe zu Kerpen und zu Michael Schuhmacher bemerkbar. Ich wurde noch nie so schnell von einer grünen zur nächsten roten Ampel katapultiert. Ein Kölner Taxifahrer kennt nur zwei Zustände: Vollgas oder Vollbremsung. Im Hotel angekommen, war ich wieder halbwegs nüchtern und froh, nicht den Sauerbraten rheinische Art im Taxi verloren zu haben. Eine Kleinigkeit habe ich noch

## Gruß an den Gerichtsvollzieher

Dem erwarteten Gerichtsvollzieher zum Gruß hatte ein Leipziger Student in seinem Zimmer auf einen in die Augen fallenden Zettel folgende Verse niedergeschrieben:



„Ich weiß, du kommst, um mich zu pfänden, du strammer Bote des Gerichts.

Ich kenn die Leute, die dich senden, doch diese Leute kriegen nichts.

Zwar dein Bestreben scheint mir löblich, Pflichteifer treibt so früh dich her.

Doch glaub mir Freund, du kommst vergeblich, denn hier ist alles öd und leer.

Sieh da, des alten Wohlstands Reste: Ein Portemonnaie mit nichts mehr drin, dort an der Tür hängt eine Weste, wenn sie dir ansteht, nimm sie hin!

Sonst bieten nichts dir diese Räume, die suchend jetzt dein Blick durchirrt, denn Stiefelknecht und Gummibäume, gehören meinem Zimmerwirt.

Du siehst, hier ist nichts fortzuschleppen, mich dauert, dass du dich bemüht!

Es sind vier unbequeme Treppen!

Geh hin, wo Pracht und Luxus blüht.

Noch ist es früh, genieß den Morgen, was nützt es, wenn du länger weilst?

Doch kannst du, Freund, mir etwas borgen, leg's hin, eh du von dannen eilst!“

vergessen, den Kölner Dom. Am Dom ist alles gigantisch. Die Bauzeit: 600 Jahre. Die Höhe: 157,38 m. Man sieht ihn von fast überall und wenn du davor stehst, erschlägt er dich. Der Sage nach geht die Welt oder wenigstens Köln unter, wenn der Dom komplett fertig ist. Zur Beruhigung aller ängstlichen Gemüter kann ich berichten, dass in der Regel an der Rückseite ein Teil abfällt, wenn vorne eins angeklebt wird.

Alles in Allem war es ein sehr gelungener Ausflug, der auch Einblicke in den Vollzug eines anderen Bundeslandes geboten hat. Da ist man doch wieder froh, dass man in Bayern arbeitet, auch wenn's hart ist.

R. Adler